

Die Waffenbürger

Hunderte Deutsche haben in diesem Jahr illegale Waffen im Netz bestellt, um auf Migranten zu schießen. Interne Daten zeigen das Ausmaß des menschenverachtenden Geschäfts.

Karsten Polke-Majewski, Astrid Geisler, Andreas Loos, Kai Biermann, Philip Faigle, Daniel Mayer und Sascha Venohr, Zeit Online, 9.12.2016

(Interaktive Karte der Waffenkäufer unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-12/migrantenschreck-waffen-waffenhandel-mario-roensch-kunden/komplettansicht>)

Zwei Schlösser schnappen auf, dann öffnet sich die Wohnungstür. Aus dem Rahmen schaut ein Mann Mitte fünfzig, klein, aber kräftig, mit sehnigen Armen, die Lesebrille in die Stirn geschoben. Herr M. soll er hier heißen, denn Herr M. hat sich illegal eine Waffe gekauft, um auf Migranten zu schießen.

Er lebt in einer ruhigen Straße mitten in Berlin, dort, wo die Mieten noch günstig sind. Ein Gründerzeithaus, zweiter Hinterhof, im Hausflur riecht es nach Essen und Zigarettenrauch.

Ob er erklären will, warum er sich im Internet eine Waffe bestellt hat, die "Migrantenschreck" heißt? Die damit beworben wird, dass man mit ihr besonders gut auf Ausländer schießen kann? Einen ungarischen Schreckschussrevolver mit Hartgummigeschossen und Platzpatronen, für zusammen 400 Euro – gefährlich genug, um einen Menschen zu töten?

M. zögert kurz, dann bittet er in sein Wohnzimmer. Die Dielen sind blank poliert, der Schreibtisch an der Wand ist aufgeräumt, auf den Teakholzschränken stehen

asiatische Souvenirs, der Größe nach aufgereiht. M. wird später erzählen, dass er viel in der Welt gereist ist. Gerade erst war er in Korea.

Er geht in ein Nebenzimmer und holt den Revolver. Legt ihn vor sich auf den Couchtisch und setzt sich in einen Ledersessel. Warum hat er sich bloß diese Waffe gekauft?

"Weil ich Probleme mit Migranten habe. Man fühlt sich doch bedroht."

M. sagt, er arbeite als Fleischer für eine Supermarktkette. Die Ladendiebe seien fast alle Migranten. Immer wieder werde er während der Arbeit angepöbelt und beschimpft. Einmal sei ein Schwarzer mit einem abgebrochenen Flaschenhals in der Hand in die U-Bahn gestiegen. Da habe er Angst gehabt.

"Peng, peng und wegrennen"

Vor Kurzem, sagt M., habe er deshalb den kleinen Waffenschein gemacht. Thomas de Mazière, der Innenminister, hätte im Fernsehen erzählt, dass sich viele Deutsche den gerade besorgen. Als er den Schein endlich hatte, kaufte er sich zwei Gaspistolen, ganz legal in einem deutschen Geschäft. "Danach hatte ich erst mal keine Angst mehr." Dann sei er auf diese Website gestoßen: Migrantenschreck. "Ich dachte, och schön, da kommt eine Gummikugel raus, da kann man sich die noch besser vom Hals halten, da braucht man kein Tränengas. Peng, peng und wegrennen."

Der Onlineshop Migrantenschreck macht Angst zu Geld, besonders die Angst vor Ausländern. Man kann dort das "Migrantenschreck HD130 Superior Komplettpaket" kaufen, ein Schreckschussgewehr mit Munition, das aussieht wie eine Kalaschnikow. Oder eine doppelläufige Flinte "DP 120 Bautzen Edition". "Diskret" und "ohne lästigen Papierkram" laufe der Handel ab, verspricht die Webseite und wirbt: "Wenn Sie sich nicht gefallen lassen wollen, dass Ihre Stadt zum gesetzlosen Tummelplatz von Asylforderern wird, wenn Sie Ihre Frauen schützen und Ihre Fußgängerzonen zugänglich halten wollen – dann handeln Sie jetzt!" Dazu verbreitet die Seite Gerüchte über angebliche Gewalttaten, die Flüchtlinge und andere Einwanderer begangen haben sollen.

M. sagt, ihm sei alles ganz einfach erschienen. Niemand habe einen Ausweis sehen wollen. Ein paar Wochen später sei die Waffe mit der Post gekommen. Ein Nach-

bar habe das Paket angenommen. Erst jetzt, im Gespräch, scheint ihm bewusst zu werden, dass er eine Straftat begangen hat. "Scheiße, scheiße, scheiße", sagt er. "Das ist illegal?"

Die Waffenkäufer

An diese Orte wurden seit Mai 2016 Waffen geliefert. Jede Waffe steht für eine Bestellung. Wir zeigen nicht die konkrete Adresse, sondern lediglich den Postleitzahlbereich. Klicken Sie auf eines der Symbole, um weitere Details der einzelnen Bestellungen zu sehen.

M. ist einer von 198 Menschen, die in den vergangenen sieben Monaten auf Migrantenschreck Waffen gekauft haben. Das geht aus detaillierten Kundendaten hervor, die ZEIT ONLINE zugespield wurden. Die Daten belegen, dass das Geschäft mit der Panik vom extremen rechten Rand bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Ärzte, Lokalpolitiker, Unternehmer, Erzieher, Computerfachleute und Zierfisch-Züchter glauben inzwischen offenbar, sie müssten sich mit einer Waffe in der Hand gegen Fremde verteidigen. Wenn es stimmt, dass sich die deutsche Gesellschaft im Zuge der Flüchtlingswanderung radikalisiert hat, dann sind die Kundendaten ein Beleg dafür.

Wer bestellt bei "Migrantenschreck"?

Die Besteller kommen aus der ganzen Republik. Die meisten Kunden wollten den handlichen Revolver haben, der Hartgummikugeln mit 80 Joule verschießt – so wie der Fleischer M. aus Berlin. Das Modell wurde 84 Mal verlangt. Andere Besteller entschieden sich für die Flinte oder das Gewehr, das einer Kalaschnikow ähnelt. Auch eine kleine Pistole für "jede Frauenhandtasche" gibt es.

Für den Betreiber von Migrantenschreck ist das ein großes Geschäft. Der beliebteste Revolver kostet schon 349 Euro, die falsche Kalaschnikow sogar 749 Euro. Manche der Besteller gaben bis zu 4.000 Euro aus. Seit Mai, so zeigen die Daten, hat der Onlineshop 110.000 Euro umgesetzt.

All diese Waffen sind in Deutschland nicht zugelassen. Hierzulande ist es verboten, durch den Lauf einer Schreckschusswaffe ein Geschoss zu treiben, zumal mit solcher Kraft. Schreckschusspistolen dürfen in Deutschland höchstens 7,5 Joule entwickeln, nicht 80 oder 120 wie die Modelle aus dem Onlineshop.

Ingo Meinhard hat gesehen, was die Waffen anrichten können. Er ist Geschäftsführer des Verbands Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler. In einem Prüfinstitut konnte Meinhard beobachten, wie ein Gewehr und eine Pistole von Migrantenschreck getestet wurden. Er war erschrocken. "Die Prüfer haben auf ballistische Seife geschossen, die der Stärke der Haut eines Menschen ähnelt. Die Geschosse sind bis zu zwei Zentimeter eingedrungen." Ein Treffer aus einer der Waffen könne das Gewebe schwer verletzen, sagt Meinhard. Im schlimmsten Fall seien die Schüsse tödlich.

Ganz normale Leute

Die Kunden, die sich in den Daten finden, verkaufen Zäune, schreiben Dissertationen oder arbeiten als Landvermesser. Da ist der Familienunternehmer aus Baden-Württemberg, der öffentlich gegen Rassismus eintritt und sich eine friedliche Gesellschaft wünscht, aber im Netz ein Gewehr bestellte. Der Steuerberater aus Hamburg, der sich die Waffe direkt in die Firma schicken ließ. Der Autohändler aus Nordwestdeutschland, der liebevoll aufgearbeitete Oldtimer an Fans verkauft und einen Revolver orderte. Der Zahnarzt aus Bayern, die Internistin aus Thüringen, der Physiker aus Sachsen, der Firmenkundenbetreuer einer großen Geschäftsbank aus Holstein (Hobbys: Segeln und Golf), der Programmierer aus Berlin, noch mehr Mediziner: der Hausarzt und der Psychiater, diesmal aus Nordrhein-Westfalen, schließlich vier Lokalpolitiker der AfD aus Hamburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Und dann gibt es natürlich noch die Kunden, die man eher als Besucher einer solchen Hetzseite erwartet hätte: den Reichsbürger aus dem Südwesten, das Mitglied der rechtsextremen Kleinpartei Pro Deutschland aus Schleswig-Holstein, den Erzieher aus Brandenburg, der in einer Grundschule arbeitet und auf Facebook rechte Propaganda teilt.

Was haben sich all diese Leute nur gedacht, als sie sich im Netz eine Waffe gegen Migranten kauften? Und wie funktioniert der Waffenhandel?

Die Spur führt nach Ungarn, in die Hauptstadt Budapest. Majestätisch thront das Parlamentsgebäude in neogotischer Pracht am Ufer der Donau. Gleich auf der anderen Seite des Flusses, nur einen Straßenzug vom Ufer entfernt, hat die ungarische Post im Erdgeschoss eines restaurierten Gründerzeithauses eine Filiale. Mehrmals in der Wo-

che gibt dort jemand die Pakete auf, unscheinbare Pappkartons mit gefährlichem Inhalt. Die ungarischen Postmitarbeiter versehen jedes dieser Pakete mit einer Sendungsnummer. Wer diese Nummer kennt, der kann den Weg des Pakets durch Europa nachverfolgen.

Die Firma, die Migrantenschreck betreibt, nennt sich – ausweislich des Impressums der Website – Deutsch-Ungarische Handels- und Vertriebsgesellschaft mbH und sitzt in Budapest. Aus dem Eintrag im ungarischen Unternehmensregister lässt sich ersehen, dass die Firma Sicherheitssystem-Dienstleistungen anbietet, mit "anderenorts nicht klassifizierten" Waren handelt und mit einem Eigenkapital von drei Millionen Forint – etwa 10.000 Euro – gegründet wurde. Auch eine Adresse findet sich im Unternehmensregister.

Wie die Waffen nach Deutschland kommen

Von der kleinen Postfiliale aus sind es nur wenige Schritte bis dorthin. An einer Straßenecke steht ein fünf Stockwerke hohes, rot verklinkertes Mietshaus, hinter der Eingangstür aus dunklem Holz öffnet sich das Treppenhaus. Schon lange wurde es nicht mehr renoviert.

Im ersten Geschoss ist die Firma Németh-Magyar Kereskedelmi és Értékesítési Kft. gemeldet, so heißt sie auf Ungarisch. Die Tür ist mit einem Gitter verschlossen. Der Postmann sagt, das goldfarbene Firmenschild sei vor vier oder fünf Monaten aufgetaucht. Bisher habe er aber erst zwei Briefe gebracht. Einmal habe ihm ein junger Ausländer ein Einschreiben abgenommen.

Die Firma, so ist im Unternehmensregister zu lesen, gehört einem Deutschen. Er ist alleiniger Eigentümer und zeichnungsberechtigter Geschäftsführer. Sein Name: Mario Rönsch. Der Name findet sich auch im Impressum und in den Zugangsdaten der Website Migrantenschreck.

In Deutschland haben sich schon mehrere Staatsanwaltschaften mit Rönsch beschäftigt. [Unter anderem wurde er wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Aufrufs zu Straftaten gesucht.](#) In Erfurt hat er Pegida-Demonstrationen angemeldet. Er soll auch der Kopf hinter der rassistischen Hetzseite *Anonymous.Kollektiv* gewesen sein. Die Facebook-Seite hatte gegen Flüchtlinge und Muslime gewütet und zu Gewalt

und Selbstjustiz aufgerufen. Mitte Mai verschwand sie aus dem Netz. Zur selben Zeit tauchte Rönsch unter.

Lebt Mario Rönsch in Budapest und betreibt von dort aus einen illegalen Waffenhandel für deutsche Kunden? Immerhin besitzt er eine ungarische Steuernummer. Im Firmenregister ist für die Deutsch-Ungarische Handels- und Vertriebsgesellschaft mbH neben der Unternehmensadresse auch eine private Adresse hinterlegt. Zwölf Wohnungen weist das Klingelschild aus. Doch von Mario Rönsch findet sich keine Spur.

Kaum ein Paket wird kontrolliert

Leichter als der Händler findet sich der Hersteller der Waffen. Wenn man Budapest in nördlicher Richtung verlässt und sich auf der westlichen Donauseite hält, kommt man in den dritten Bezirk. Am Ende einer Sackgasse sitzt dort in zwei weiß strahlenden Gebäuden die Firma Keserű Művek Fegyvergyár Kft. Sie stellt jene Revolver und Gewehre her, die auf Migrantenschreck verkauft werden. In einem Firmenvideo ist zu sehen, wie die Kugeln der Waffen Schießscheiben durchlöchern und Melonen platzen lassen. Auch auf Migrantenschreck finden sich solche Videos. Nur wird dort nicht auf Melonen geschossen, sondern auf Fotos des Bundespräsidenten Joachim Gauck oder des Justizministers Heiko Maas.

Keserű betreibt ein in Ungarn legales Geschäft. Seine Waffen sind dort offiziell zugelassen. Doch auf der Website steht ein deutlicher Hinweis in mehreren Sprachen. Wer die Waffen ins Ausland ausführen wolle, müsse sich "in jedem Fall bei den zuständigen Behörden über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen" informieren.

Auch Rönsch glaubt, so antwortet er ZEIT ONLINE, dass sein Geschäft legal sei. Doch Migrantenschreck verstößt genau gegen die von Keserű benannten Bestimmungen. Denn für den Export von Waffen gelten auch in der EU strenge Regeln. Wer eine Waffe von einem Land ins andere bringen will, braucht Genehmigungen beider Seiten. Auch der Transporteur muss über die gefährliche Ware informiert werden. Migrantenschreck ignoriert diese Vorschriften und setzt darauf, dass die Pakete nicht entdeckt werden.

Ihr Weg lässt sich trotzdem nachvollziehen. Sowohl die ungarische Post als auch DHL vergeben sogenannte Sendungsnummern. Wer wie ZEIT ONLINE die Nummer kennt, kann auf den Seiten der Paketdienste verfolgen, wie das Paket von ungarischen Postmitarbeitern aufgenommen, zum Auslieferungszentrum gebracht und dann ins Ausland versandt wird. Er kann zusehen, wie DHL es in Deutschland übernimmt und schließlich dem Empfänger übergibt.

Die Chance, dass die verbotene Fracht gefunden wird, ist gering. Denn innerhalb der EU werden Pakete von Firmen wie DHL nur dann durchleuchtet, wenn sie in ein Flugzeug verladen werden. Die Pakete von Migrantenschreck werden aber wahrscheinlich auf dem Landweg transportiert. Beim deutschen Zoll heißt es, man kontrolliere nur jene Sendungen, bei denen die Post vorher Anhaltspunkte geliefert habe, dass ein Gesetz gebrochen wird.

Ein Richter aus Hamburg

Auch das Paket, das im Juli seinen Weg nach Hamburg nahm, fiel niemandem auf. Darin lagen ein Revolver, 25 Schuss Munition und 25 Hartgummigeschosse. Der DHL-Bote brachte es in den Nordosten der Hansestadt, dorthin, wo die Häuser großbürgerlichen Abstand voneinander halten. Eichen säumen die schmale Straße, ihre überfrorenen Äste funkeln im Sonnenlicht. Hohe Hecken umschließen weitläufige Grundstücke.

Nahе einem Wäldchen steht ein rot verklinkertes Haus. Rhododendren umrahmen den Eingang. In dem Haus lebt ein pensionierter Richter. Viele Jahre lang hat er am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg Recht gesprochen. Ein erfahrener Jurist, dessen Rat auch im Ruhestand noch gefragt ist, und er gibt ihn gerne. Der Richter öffnet selbst die Tür. Ein distinguiertes, freundlich dreinschauendes Herr, der steife Hemdkragen schaut aus einem grauen Pullover.

Ob er die Website Migrantenschreck kenne? Der Richter erinnert sich, da sei doch etwas mit dem *Compact*-Magazin gewesen. *Compact* ist eine beliebte Lektüre unter AfD-Mitgliedern, Neuen Rechten und Verschwörungstheoretikern. [Im Juni hatte Migrantenschreck an Compact-Kunden Werbemails verschickt](#). Das Magazin distanzierte sich im Oktober von der Website und [nannte sie kriminell](#). Auf alle anderen Fra-

gen will der Richter im Ruhestand nicht antworten. Nicht darauf, ob er bei Migrantenschreck eine Waffe bestellt habe. Nicht darauf, wie sein Name in die Kundendaten geraten ist. Auch nicht darauf, ob das Paket mit der gefährlichen Waffe an ihn ausgeliefert wurde oder ob ihm bekannt sei, dass es sich um eine illegale Waffe handle.

Ein Jurist müsste eigentlich wissen, dass das Geschäft von Migrantenschreck doppelt verboten ist. Wer die Waffen besitzt, macht sich strafbar. Wer sie verschickt, auch. Was Migrantenschreck treibt, hält der erfahrene Strafrechtsanwalt Udo Vetter mindestens für Beihilfe zum illegalen Waffenerwerb, eher noch für illegalen Waffenhandel. Lasse sich bei den Tätern erkennen, dass sie mit dem Handel einen politischen Zweck verfolgten, könne auch der Tatbestand einer kriminellen Vereinigung erfüllt sein.

Offenbar sieht das die Berliner Staatsanwaltschaft ähnlich. Sie ermittelt, unterstützt vom polizeilichen Staatsschutz und einer Spezialabteilung für organisierte Internetkriminalität, wegen des Verdachts auf illegalen Waffenhandel, Volksverhetzung, Bedrohung und Nötigung. "Das Problem ist: Der Beschuldigte ist weg. Möglicherweise hält er sich in Ungarn auf", sagt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Zum Umfang des Waffenhandels will sich der Sprecher nicht äußern. Auch nicht dazu, ob gegen Käufer der Waffen ermittelt werde. Den Onlineshop abzuschalten sei aber schwierig, weil die Website in Russland liege.

So geht der Handel mit dem gefährlichen Gut weiter. Erst am Montag bekamen Kunden eine Werbemail. Darin preist Migrantenschreck eine Armbrust an: "Sichern Sie sich jetzt diese absolut tödliche Waffe zum Einführungspreis." Die jüngste Waffenlieferung ging derweil nach Mülheim an der Ruhr. Sie kam am vergangenen Samstag in der Mittagszeit bei ihrem Besteller an.